

# Der Protest endet vor dem Rathaus

## Initiative Pro Lilienthal und der Wirtschafts-Interessenring wollen ihr Nein zur Linie 4 Nachdruck verleihen

Von unserem Redakteur  
Klaus-Dieter Pfaff

**LILIENTHAL. Sie haben mit ihrer Meinung zu keiner Zeit hinterm Berg gehalten und wollen das auch weiterhin nicht tun. Die Mitglieder der Initiative Pro Lilienthal lehnt trotz der Ratsentscheidung, die Straßenbahnlinie 4 bauen zu wollen, einen Schienenanschluss kategorisch ab. Und dafür gehen sie in dieser Woche auf die Straße. Jetzt haben sie weitere Unterstützung bekommen, denn auch der Wirtschafts-Interessenring (WIR) ruft seine Mitglieder zu einem Protest-Treffen auf.**

Damit das Nein der Straßenbahngegner auch einmal optisch deutlich wird, soll es am kommenden Freitag, 31. März, um 8.30 Uhr zu einer Demonstration vor dem Lilienthaler Rathaus kommen. Daran sollen möglichst nicht nur die örtlichen Unternehmen, sondern auch viele Bürger und Politiker teilnehmen. Diese Hoffnung hegt zumindest Initiativ-Sprecher Alfred Werner: „Wir wollen symbolisch zum Ausdruck bringen, dass wir

die Linie 4 mit ihren negativen Konsequenzen für die weitere Entwicklung des Ortes ablehnen.“ Und er fügt diesem Argument in seiner Presseerklärung auch hinzu: „Gemeinsam sind wir stark. Die Zeit drängt.“

Aus Sicht der Pro-Lilienthal-Initiative gefährdet die Linie 4 die Existenz von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Außerdem treibe sie die Verschuldung der Gemeinde Lilienthal weiter in die Höhe, die dann nur durch Kürzungen der öffentlichen Leistungen und einer Anhebung von Steuern und Gebühren aufgefangen werden könne.

Ähnlich kritisch wird der Straßenbahnanschluss auch vom Wirtschafts-Interessenring bewertet. Vorsitzender Jürgen Kropp stellt denn auch in einem Schreiben an seine Mitglieder fest: „Der Wirtschafts-Interessenring Lilienthal e.V. möchte gemeinsam mit der Initiative Pro Lilienthal Nein sagen.“ Nein zu einer weiteren Verschuldung der Gemeinde, der durch die Bau- und Betriebskosten für die Linie 4 entstehe; nein zu höheren Ausgaben und Kürzungen öffentlicher Leistungen und nein zum Wegfall der

Überlandbusse der Linie 630 und 670 als Schnellverbindung über die Universität zum Bremer Hauptbahnhof. In seinem Mitgliederbrief schreibt Kropp abschließend: „Bitte nehmen Sie mit ihren Mitarbeitern zahlreich an der Veranstaltung teil, denn nur Wählerstimmen bewegen die Politik.“

Ob sich tatsächlich auch viele Politiker von diesem Aufruf angesprochen fühlen, bleibt allerdings abzuwarten. Denn: Innerhalb des Gemeinderates gibt es inzwischen eine breite Mehrheit für die Straßenbahn, wie es die jüngste Sitzung gezeigt hat. Dabei ging es, wie berichtet, um die lange diskutierte Durchführungsvereinbarung zwischen der Gemeinde Lilienthal und dem Land Bremen. In diesem Vertrag wird von beiden Seiten sowohl der Bau der Linie 4 von Borgfeld bis zum Falkenberger Kreuz als auch der Anschluss der Lilienthaler Ortsentlastungsstraße auf Bremer Gebiet als gemeinsames Ziel festgeschrieben.

Auch die Unions-Fraktion, die sich vor geraumer Zeit gemeinsam mit der FDP gegen die Bahn ausgesprochen hatte, ist inzwi-

schen bis auf wenige Ausnahmen für die Linie 4. Das hat nicht zuletzt das Ergebnis der Bürgerbefragung bewirkt, in der sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für einen Schienenverkehr ausgesprochen hat. Das sei ein klarer Auftrag an die Politiker im Gemeinderat, hat erst jüngst CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender Axel Miesner gegenüber seinen Mitgliedern diese Position deutlich gemacht. Mit der Lilienthaler Union werde es einen Weiterbau und damit auch eine komplette Ortsentlastungsstraße – verbunden mit einer Straßenbahn bis Falkenberg – geben.

SPD, Bündnisgrüne und JEZ haben sich im Gemeinderat bereits vor Jahren mit einer Straßenbahnplanung einverstanden erklärt. Ebenso klar ist da auch die Position von Bürgermeister Willy Hollatz. Allerdings, und das wurde von Seiten der Politik und der Verwaltung stets nachdrücklich betont, kann es eine Linie 4 nur dann geben, wenn sie denn auch finanzierbar ist. Diese Machbarkeitsvoraussetzung soll nun in den nächsten Wochen geklärt werden.